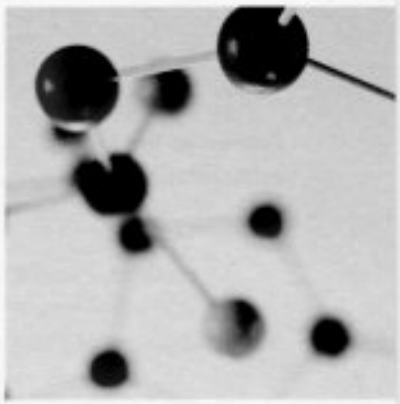


INFOPORT

Ausgabe 3/2003, vom 22. Mai 2003

Wachstumsstrategie Ost

Solidarpakt II

Finanzpolitischer Handlungsbedarf

Schwerpunkte des Infrastrukturausbaus

Public-Private-Partnership

Handlungsmöglichkeiten regionaler Akteure

INFRASTRUKTURAUSBAU

Schlüssel zu mehr Wachstum in Ostdeutschland

Ostdeutscher Bankenverband e.V.

Wachstumsstrategie Ost

Ziel: selbst tragende Wirtschaftsstrukturen

Zentrales wirtschaftspolitisches Anliegen für Ostdeutschland bleibt die Schaffung selbst tragender Wirtschaftsstrukturen. Zwar scheinen die aktuellen Daten über Arbeitslosigkeit, die Produktivitätslücke gegenüber Westdeutschland oder das schwache Wirtschaftswachstum keinen Anlass für optimistische Zukunftserwartungen zu geben.

Bei einem differenzierten Blick zeigen sich jedoch durchaus Erfolge im strukturellen Aufholprozess Ostdeutschlands. Die Wachstumsraten im Verarbeitenden Gewerbe und die steigende Auslandsorientierung der ostdeutschen Wirtschaft sind nur zwei Beispiele unter vielen. Doch derartige Erfolge reichen insgesamt noch nicht aus, um gegenläufige Trends auszugleichen. Die schwache gesamtwirtschaftliche Entwicklung, die vor allem im Zusammenhang mit dem anhaltenden Kapazitätsabbau im Baugewerbe steht, zeigt den Handlungsbedarf auf.

Wachstumsstrategie für Ostdeutschland erforderlich

Politisch erforderlich ist eine konsistente Wachstumsstrategie für Ostdeutschland, die Bürgern und Unternehmen eine klare Perspektive vermittelt und Handlungswege zur Realisierung aufzeigt.

Kernpunkt: Infrastruktur

Über die Eckpunkte einer solchen Strategie besteht breiter Konsens in der Wirtschaftsforschung:

1. Ausbau der Infrastruktur
2. Qualifizierung der Beschäftigten
3. Erhalt von Arbeitskostenvorteilen
4. Abbau hemmender Regulierungen

Kernbestandteil ist der weitere Infrastrukturausbau. Das vorliegende Papier untersucht daher die Chancen zur raschen Verbesserung der Infrastrukturausstattung und damit zur Angleichung der Bedingungen im europäischen Wettbewerb der Regionen.

Welchen Beitrag kann der 2001 zwischen Bund und Ländern vereinbarte Solidarpakt II leisten, dessen Ziel die endgültige Schließung der in Ostdeutschland gegenüber dem Westen bestehenden Infrastrukturlücke bis 2019 ist?

Welche weiteren Möglichkeiten besitzen regionale und lokale Akteure in Ostdeutschland zur Gestaltung tragfähiger Wirtschaftsstrukturen in ihrem Bundesland, ihrer Stadt oder ihrer Gemeinde?

Solidarpakt II

Ziel

Ziel: Abbau der Infrastrukturlücke

Eine der größten wirtschaftspolitischen Herausforderungen in Ostdeutschland nach der Wiedervereinigung war die Schaffung einer leistungsfähigen Infrastruktur. Als Folge der Teilung Deutschlands bestand gegenüber dem westlichen Bundesgebiet eine enorme Lücke in der Infrastrukturausstattung, die bis heute noch nicht vollständig beseitigt ist.

Finanzierung bisher: Fonds Deutsche Einheit und Solidarpakt I

In den ersten Jahren nach 1990 wurden die Aufbauleistungen zunächst außerhalb der Haushalte von Bund und Ländern über den Fonds Deutsche Einheit finanziert. 1993 vereinbarten Bund und Länder einen Solidarpakt I, in dessen Rahmen die ostdeutschen Länder seit 1995 über den Bund-Länder-Finanzausgleich jährliche Mittel in Höhe von rund 10 Mrd. € erhalten. Der in einer Zeit hoher Wachstumsraten im Osten vereinbarte Solidarpakt I läuft Ende 2004 aus.

Seit 1997 ist Ostdeutschland beim Wirtschaftswachstum jedoch hinter den Westen zurückgefallen. Damit blieb auch die Einnahmenentwicklung der ostdeutschen Länder und Kommunen hinter den Erwartungen zurück. Zunehmend stellte sich die Frage, ob der Osten den weiteren Infrastrukturausbau ab 2005 aus eigener Kraft leisten kann.

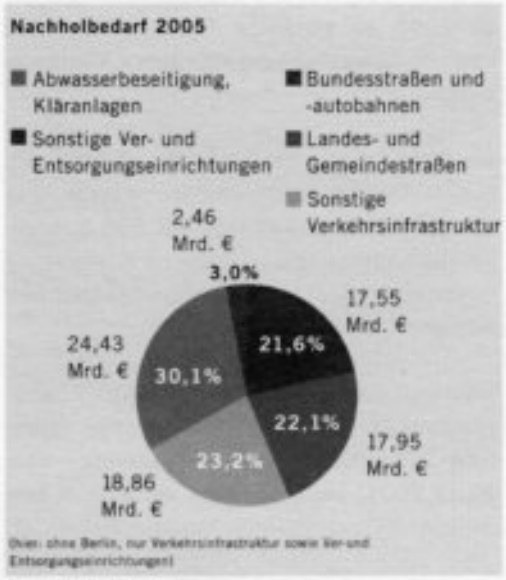
Zur Beantwortung war zunächst eine Klärung erforderlich, wie groß die Infrastrukturlücke des Ostens immer noch ist.

Namhafte Wirtschaftsforschungsinstitute erstellten hierzu im Auftrag der ostdeutschen Länder Gutachten, die den 2005 noch bestehenden infrastrukturellen Nachholbedarf auf ca. 80 bis 160 Mrd. € schätzten (vgl. Grafik).

Auch wenn die Ergebnisse der Gutachten auf Grund unterschiedlicher Ansätze lediglich Orientierungsgrößen darstellen, wird die Infrastrukturlücke in Ostdeutschland 2005 noch beträchtlich sein.

Ihr rascher Abbau ist eine wesentliche Grundlage für mehr wirtschaftliche Dynamik und damit Voraussetzung für selbsttragende Länder- und Gemeindehaushalte im Osten.

INFRASTRUKTURLÜCKEN IN OSTDEUTSCHLAND



Quelle: ifo Institut für Wirtschaftsforschung

Wissenschaftliche Gutachten: 2005 noch große Infrastrukturlücken

Anschlussregelung für Solidarpakt I erforderlich

Inhalt

Mitte 2001 einigten sich Bund und Länder auf eine Anschlussregelung für den Solidarpakt I. Dieser Solidarpakt II umfasst ein Gesamtvolumen von 156 Mrd. € und gilt von 2005 bis 2019.

Ziel ist, die ostdeutsche Infrastrukturlücke bis zum Ende der Laufzeit endgültig zu schließen. Bund und Länder bekundeten zugleich, dass es nach 2019 keine nochmalige Folgeregelung geben kann.

Solidarpakt II: 156 Mrd. € Finanzmittel bis 2019

ELEMENTE DES SOLIDARPAKTS II

KORB I	**Volumen**
	105 Mrd. €
	Charakter/Instrument
	Finanzzuweisungen des Bundes an die ostdeutschen Länder sowie über den Gemeindefinanzausgleich der Länder mittelbar an die Kommunen
	Zweckbestimmung
	Abbau teilungsbedingter Sonderlasten und Ausgleich unterproportionaler kommunaler Finanzkraft
KORB II	**Volumen**
	51 Mrd. €
	Charakter/Instrument
	Selbstverpflichtung des Bundes, Investitionsmittel in Ostdeutschland einzusetzen
	Zweckbestimmung
	nicht konkretisiert

Kernelement des Solidarpakts II sind Finanzzuweisungen des Bundes an die ostdeutschen Länder in Höhe von 105 Mrd. € ("Korb I").

Keine weitere Folgeregelung nach 2019

Diese so genannten "Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen (SOBEZ)" werden im Verhältnis der Einwohnerzahlen auf die ostdeutschen Länder verteilt. Sie werden von einem Ausgangsniveau von jährlich 10,5 Mrd.€ im Jahr 2005 zunächst leicht und ab 2009 stark degressiv abgeschmolzen.

"Korb I": 105 Mrd. € Finanzzuweisungen des Bundes an die Länder

Im Vorgriff auf den Solidarpakt II werden bereits seit Anfang 2002 die bisher zweckgebundenen Mittel aus dem Investitionsfördergesetz Ost von jährlich 3,4 Mrd. € als ungebundene Zuweisungen direkt an die ostdeutschen Länder gezahlt.

Hiermit haben die Länder mehr Gestaltungsfreiheit bei der Mittelverwendung erhalten.

Weitgehender Gestaltungsspielraum der Länder bei Mittelverwendung

Zugleich werden sie durch die Vereinbarung über den Solidarpakt II aber dazu verpflichtet, ab 2003 so genannte Fortschrittsberichte über die Verwendung der erhaltenen Mittel vorzulegen.

"Korb II": bis zu 51 Mrd.€ zusätzliche Mittel des Bundes angekündigt

Der Bund hat sich bereit erklärt, ergänzend zu den im Korb I enthaltenen Finanzzuweisungen auch weiterhin unmittelbar aus dem Bundeshaushalt überdurchschnittlich zur Realisierung investiver Maßnahmen in Ostdeutschland beizutragen ("Korb II").

Stärkere Konkretisierung erforderlich

Während die im Korb I festgelegten Finanzzuweisungen auf einer gesetzlichen Regelung (Solidarpaktfortführungsgesetz vom 20.12.2001) basieren, stellt der Korb II eine Selbstverpflichtung des Bundes dar. Mit Blick auf den erforderlichen Ausbau der ostdeutschen Infrastruktur ist hier eine stärkere Konkretisierung erforderlich.

So stellen etwa die vom Bund zu finanzierenden Verkehrsprojekte eine Grundprämisse für die Verkehrsplanung auf der Landes- und Regionalebene dar.

Hier bleibt abzuwarten, welche ostdeutschen Schlüsselprojekte aus dem neuen Bundesverkehrswegeplan 2003 bereits in den kommenden Jahren über den Bundeshaushalt durchfinanziert werden.

Finanzpolitischer Handlungsbedarf

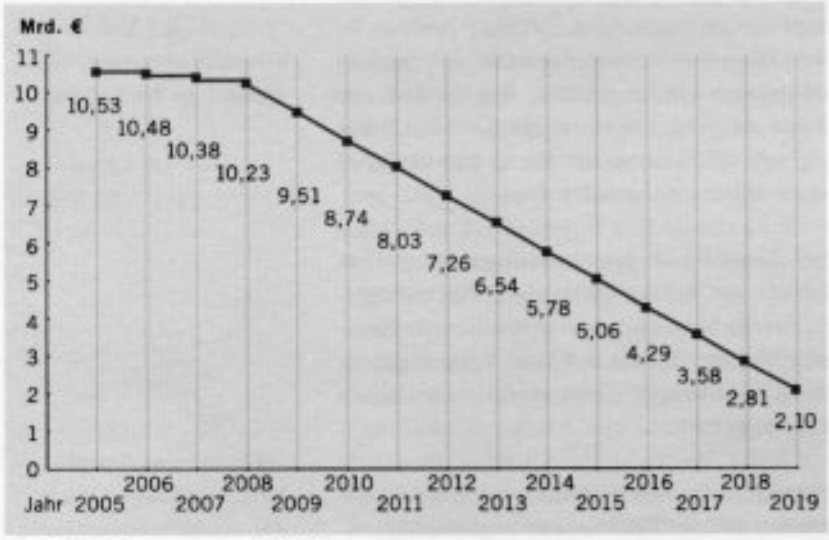
Solidarpaktmittel: derzeit wichtige Einnahmenquelle

Der Solidarpakt II soll einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, dass Ostdeutschland 2020 wirtschaftlich auf eigenen Füßen stehen kann.

Für die Finanzpolitik bedeutet dies, dass die ostdeutschen Länder und Gemeinden spätestens dann ihre Ausgaben weitgehend aus eigenen Einnahmequellen bestreiten müssen.

Gegenüber der heutigen Situation besteht folglich Anpassungsbedarf auf der Einnahmen- und auf der Ausgabenseite der Länder- und Kommunalhaushalte.

FINANZZUWEISUNGEN IM RAHMEN DES SOLIDARPAKTS II



Quelle: Solidarpaktfortführungsgesetz vom 20.12.2001

Einnahmen und Ausgaben

Die Mittel aus dem Solidarpakt sind für die ostdeutschen Länder und Gemeinden bisher eine wesentliche Einnahmenkomponente. Das jährliche Volumen der speziell für den Aufholprozess Ost gezahlten Finanzzuweisungen beträgt derzeit rund 10,5 Mrd. € bei Gesamtausgaben der ostdeutschen Länder und Kommunen von ca. 85 Mrd. €.

Neben den Solidarpaktmitteln sind die ostdeutschen Länderhaushalte zudem von weiteren Mitteln aus dem Bund-Länder-Finanzausgleich sowie von Investitionszuschüssen des Bundes und der EU abhängig. Aus eigenen Steuereinnahmen können Länder und Gemeinden im Osten derzeit nur zwischen 46% und 50% ihrer Gesamtausgaben finanzieren. Selbst finanzschwache westdeutsche Länder erreichen Werte von über 65%.

Im Rahmen des Solidarpakts II werden die ostspezifischen Transfereinnahmen ab 2005 jährlich gekürzt (siehe Grafik). Es ist fraglich, ob die Länder den Rückgang der Solidarpaktmittel durch einen Zuwachs bei ihren eigenen Einnahmequellen ausgleichen können.

Zugleich geben die ostdeutschen Länder einschließlich Gemeinden pro Einwohner erheblich mehr aus als die westdeutschen Länder (siehe Grafik). Bis 2019 müssen sie ihre Ausgaben aber zwangsläufig auf ein Niveau absenken, das ihrer wirtschaftlichen Leistungskraft entspricht. Realistisch ist hier eine Orientierung am Ausgabenniveau der finanzschwachen Flächenländer im Westen, deren Leistungskraft die ostdeutschen Länder mittelfristig maximal erreichen können.

GESAMTAUSGABEN UND STEUEREINNAHMEN 2001 JE EINWOHNER

Quelle: Bundesministerium der Finanzen

Ostdeutsche Länder und Kommunen: geringere Steuereinnahmen als im Westen ...

... zugleich aber höheres Ausgabenniveau

Konsolidierungszwang

Aus dem Zusammenspiel von abnehmenden Finanztransfers und voraussichtlich allenfalls verhaltenem Zuwachs bei den Steuereinnahmen ergibt sich für die Länder und Gemeinden im Osten ein erheblicher Konsolidierungsdruck.

Zur Absicherung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit muss zugleich der Ausbau der Infrastruktur auf hohem Niveau fortgesetzt werden. Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte in Ostdeutschland kann also nur über eine konsequente Rückführung der konsumtiven Ausgaben – vor allem der heute im Ost-West-Vergleich nach wie vor deutlich höheren Personalausgaben – erfolgen.

Konsolidierung durch Abbau konsumtiver Staatsausgaben

Die notwendigen Einsparungen dürfen keineswegs zu Lasten der Investitionen in die öffentliche Infrastruktur gehen. Andernfalls werden selbst tragende Wirtschaftsstrukturen im Osten nicht zu erreichen sein, denn der Ausbau der öffentlichen Infrastruktur ist Grundvoraussetzung für die Sicherung und Stärkung der Einnahmenbasis.

Infrastrukturausbau erfordert hohe Investitionsausgaben

Reform der Gemeindefinanzen

In den letzten Jahren haben Bund und Länder zunehmend finanzielle Lasten auf die Gemeinden verlagert. Gleichzeitig sanken die Gesamtsteuereinnahmen der Kommunen stark.

Da ein hoher Anteil der Gemeindeausgaben fremdbestimmt ist und die Gemeinden haushaltsrechtlich kaum Spielraum zur Kreditaufnahme besitzen, haben die Kommunen ihre Investitionen stark reduziert. Dies ist bedenklich, weil die kommunale Infrastruktur einen hohen Anteil an der gesamten öffentlichen Infrastruktur hat.

In Ostdeutschland entfallen rund 2/3 der bestehenden Infrastrukturlücke (ohne Bund) auf die kommunale Ebene. Bund und Länder streben daher eine Gemeindefinanzreform noch für 2003 an. Mit Blick auf den weiteren Infrastrukturausbau sind hierbei die Interessen der ostdeutschen Kommunen angemessen zu berücksichtigen.

Kommunen: drastischer Investitionsrückgang

Die Gemeinden müssen von fremdbestimmten finanziellen Verpflichtungen vor allem bei den Sozialaufgaben entlastet werden. Zudem benötigen die Gemeinden eine stetige und verlässliche Steuerquelle zur Stabilisierung ihrer Einnahmenbasis.

Gemeindefinanzreform 2003: Entlastung der Kommunen nötig

Benchmarking

Identifizierung von Einsparpotenzialen

Eine Stärkung der öffentlichen Investitionen vor allem im Bereich der feststehenden Infrastrukturdefizite wird nur möglich sein, wenn es gelingt, die öffentlichen Konsumausgaben zurückzuführen.

Benchmarking: Strukturvergleich von öffentlichen Haushalten

Dafür wiederum müssen zunächst Einsparpotenziale identifiziert werden. Länder und Gemeinden stehen hier vor derselben Herausforderung wie Unternehmen, die stetig um Kostenoptimierung bemüht sein müssen.

Unternehmen nutzen hierzu das Instrument des Benchmarking. Dabei vergleichen Unternehmen ihre Produkte oder Produktionsabläufe mit denen der erfolgreichsten Wettbewerber (best practice).

Ein finanzpolitisches Benchmarking im Sinne eines Vergleichs der Aufgabenfelder öffentlicher Haushalte ist für die Zukunft unverzichtbar. Daraus werden Basis-Informationen zur gesamten Ausgabenstruktur und damit Anhaltspunkte für Einsparpotenziale gewonnen.

Wünschenswert, aber sehr komplex und aufwändig wäre dabei ein best-practice-Ansatz, also ein Qualitätsvergleich der Leistungen auf Länder- und Kommunalebene. Sinnvoll und auch praktikabel sind best-practice-Prüfungen allerdings zur Aufdeckung möglicher Optimierungen bei Verwaltungsabläufen.

Schwerpunkte des Infrastrukturausbaus

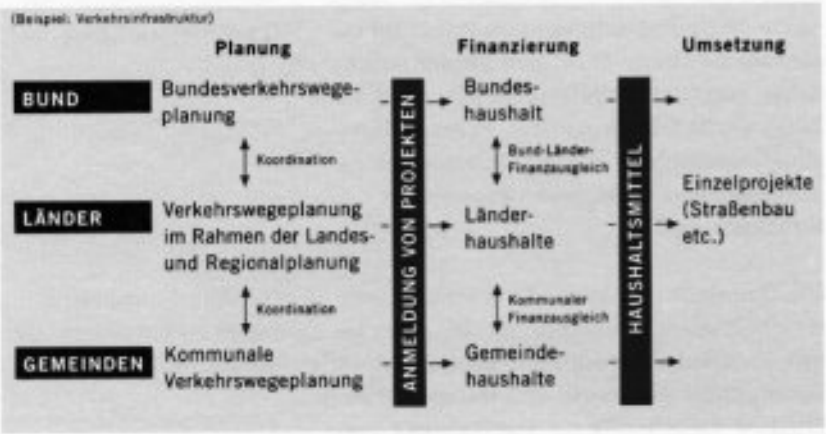
Ostdeutschland: Infrastrukturlücke ist Wachstumsbremse

Die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten einer Region werden stark von ihrer Infrastrukturausstattung geprägt.

Infrastruktur erfüllt eine wichtige Vorleistungs- und Ergänzungsfunktion für die private Wirtschaft und ist somit einer der wichtigsten Standortfaktoren. In Ostdeutschland wirkt die im Vergleich zum westlichen Bundesgebiet nach wie vor unzureichende Infrastrukturausstattung wie eine Wachstumsbremse. Die Infrastrukturlücke ist Ursache für einen Teil der Produktivitätslücke des Ostens und somit ein Hemmnis für zusätzliche Investitionen.

Daher gilt es, die Infrastruktur im Osten vor allem dort rasch zu verbessern, wo sich wirtschaftliche Aktivitäten stark konzentrieren.

INFRASTRUKTURPLANUNG UND UMSETZUNG



Von der Planung zur Realisierung

Die Planung der öffentlichen Infrastruktur erfolgt in einem umfassenden und sehr komplexen System einzelner Planungsmechanismen auf den Ebenen des Bundes und der Länder, einzelner Raumplanungsregionen sowie der Kommunen.

Diese Planungsmechanismen berücksichtigen unterschiedliche Interessen wie wirtschaftliche, umweltpolitische und weitere raumordnerische Belange und kommen so zu einer Prioritätenfolge für die Umsetzung einzelner Projekte.

Die Realisierung eines Projekts erfolgt selbstverständlich nur dann, wenn dieses auch aus Haushaltsmitteln der zuständigen Gebietskörperschaft finanziert wird (siehe Grafik). Somit steht der Infrastrukturausbau auf allen Ebenen unter Finanzierungsvorbehalt.

Um die Mittel aus dem Solidarpakt II für konkrete Infrastrukturprojekte zu nutzen, ist also eine klare Prioritätensetzung auf allen politischen Ebenen erforderlich.

Realisierung von Infrastrukturprojekten erfordert Bereitstellung von Haushaltsmitteln

Transparenz der Investitionsabsichten

Die ostdeutsche Wirtschaft – und potenzielle Investoren von außen - brauchen eindeutige Signale aus der Politik, wie sich die Rahmenbedingungen in den ostdeutschen Regionen weiter entwickeln werden.

Der Standortfaktor Infrastruktur ist für die Unternehmen eine wesentliche Komponente für künftige Investitionsentscheidungen. Da Investitionsentscheidungen in der Regel auf längere Sicht gefällt werden, ist auch eine entsprechende langfristige Stabilität der Entscheidungsgrundlagen unabdingbar.

Für den Infrastrukturausbau ist daher eine breite politische Rückendeckung erforderlich. Nur eine möglichst frühzeitige klare Festlegung der Prioritäten für den Infrastrukturausbau wird die Investitionsneigung in Ostdeutschland positiv beeinflussen.

Zur Erarbeitung von Prioritätenlisten ist auf der Basis der bestehenden Infrastrukturplanung eine intensive Koordination unter den Ressorts der Landesregierungen sowie mit der kommunalen Ebene erforderlich.

Wirtschaft braucht klare Signale ...

... welche Infrastrukturmaßnahmen Priorität haben

Transparenz bei Prioritäten erhöht Investitionsbereitschaft

Verkehrswege

Kurzfristiger Handlungsbedarf besteht beim Ausbau der Verkehrswege und hier vor allem der Straßen. Zwei Ziele müssen erreicht werden:

- Anbindung der ostdeutschen Wirtschaftszentren an Europas Wachstumszentren – gerade auch in den mittel- und osteuropäischen Nachbarländern
- Anbindung der ostdeutschen Teilregionen an die ost- und westdeutschen Ballungsräume

Empirische Untersuchungen belegen, dass die Realisierung geeigneter Straßenprojekte mit hoher "Erschließungswirkung" in einer Region zusätzliche langfristige Wachstumseffekte auslöst.

Das Institut für Wirtschaftsforschung in Halle (IWH) hat am Beispiel der A 72 Chemnitz-Leipzig nachgewiesen, dass bei einer vollständigen Realisierung dieser Trasse und somit einer fahrzeitoptimalen Anbindung an das bestehende Autobahnnetz in Unternehmen der erschlossenen Region ein signifikantes zusätzliches Wachstum des Investitions- und Beschäftigungsniveaus sowie des Umsatzes eintreten würde.

Ungeachtet der vor allem bei den überregionalen Verkehrsprojekten bereits erreichten Fortschritte im Straßenbau müssen die für eine Gesamterschließung der ostdeutschen Wirtschaftszentren notwendigen Lückenschlüsse im Autobahnnetz bald erfolgen.

Unternehmensbefragungen zeigen, dass gerade die Nähe eines Autobahnanschlusses für Betriebe aus fast allen Wirtschaftszweigen ein wesentlicher Standortfaktor ist. Hinzu kommt, dass die Fahrzeiten zum nächsten Ballungsraum in Ostdeutschland deutlich höher sind als im westlichen Bundesgebiet (siehe Tabelle).

Im Interesse einer Verkürzung der Gesamtfahrzeiten bleibt der Ausbau von Zubringerstraßen, Ortsumgehungen und Regionalverbindungen ein Schwerpunkt des Handlungsbedarfs, der in Abhängigkeit vom Straßentyp oft auch in die Zuständigkeit der Länder und Gemeinden fällt.

Kurzfristiger Handlungsbedarf bei Verkehrswegen

Bedarf: Lückenschlüsse im Autobahnnetz, Zubringerstraßen, Ortsumgehungen

Verkehrsprojekte bewirken Wachstumseffekte

Wichtig neben Neubau: Bestandssanierung des Straßennetzes

FAHRZEITEN: STANDORTNACHTEIL IN OSTDEUTSCHLAND

	PKW-Fahrzeit zum nächsten Verdichtungsraum in Minuten (1999)	
	durchschnittlich	maximal
Brandenburg	69	102
Mecklenburg-Vorp.	70	141
Sachsen	38	88
Sachsen-Anhalt	43	79
Thüringen	42	85
Rheinland-Pfalz	32	76
Schleswig-Holstein	35	91
Hessen	26	62
Ostdeutschland	50	141
Westdeutschland	33	101

Quelle: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR)

Bei den reinen Gemeindestraßen schließlich geht es primär um die Sanierung des Bestandes und weniger um Neubau. Angesichts des erheblichen Sanierungsstaus in den Straßennetzen vieler Kommunen besteht hier die Gefahr, dass das heute vorhandene Infrastrukturangebot bei einem weiteren Aufschieben von Reparatur- und Instandsetzungsmaßnahmen sogar wieder abnimmt.

Mit Blick auf die übrige Verkehrsinfrastruktur besteht in Ostdeutschland primär weiterer Handlungsbedarf beim Ausbau des Schienennetzes für den Fern- und Regionalverkehr sowie zum Teil für den schienengebundenen Nahverkehr.

Ver- und Entsorgung

Ver- und Entsorgung: zweiter Schwerpunkt beim Infrastrukturausbau

Neben den Verkehrswegen bildet die Ausstattung mit Ver- und Entsorgungseinrichtungen einen zweiten Schwerpunkt der Infrastrukturlücke Ost.

Handlungsbedarf vor allem bei Kanalisation

Im Vordergrund steht hier die Abwasserentsorgung. In Ostdeutschland stammen über 50% der Abwasserkanäle aus der Zeit vor 1939, im Westen weniger als ein Drittel. Daher ist auch der Sanierungsbedarf der Netze im Osten nochmals deutlich größer als im westlichen Bundesgebiet. Ein Teil des ostdeutschen Nachholbedarfs bei der Abwasserentsorgung resultiert auch daraus, dass der Anschlussgrad gerade in kleineren Kommunen unter dem westdeutschen Niveau liegt.

Handlungsbedarf ergibt sich primär mit Blick auf den Zustand der Kanalisation. Ein immer größerer Sanierungsstau birgt die Gefahr einer künftigen Kostenexplosion bei der letztlich unvermeidlichen Instandsetzung, die sich in höheren Abwassergebühren oder auch in einer stärkeren Belastung der betroffenen Gemeindehaushalte niederschlagen würde.

Risiken bei DDR-Altdeponien

Im Vergleich zur Abwasserentsorgung wird der ostdeutsche Nachholbedarf in anderen Bereichen der Ver- und Entsorgung als vergleichsweise gering eingeschätzt. Allerdings bestehen im Abfallbereich bei den Alt-Deponien aus der Zeit der DDR ganz erhebliche Umweltrisiken und somit Kostenrisiken für die kommunalen Aufgabenträger.

Bildung und Forschung

Wachstumsfaktor Bildung und Forschung

Technischer Fortschritt, der über Prozess- und Produktinnovationen in wirtschaftliche Leistung umgesetzt wird, ist in der heutigen Wissensgesellschaft einer der wichtigsten Wachstumsfaktoren.

Daher sind potenzielle "Innovationsfabriken" wie Hochschulen und Forschungsinstitute für die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaftsregionen in Ostdeutschland von besonderer Bedeutung:

Der Anteil forschungsintensiver Wirtschaftszweige an der industriellen Wertschöpfung lag 2001 mit 41% deutlich unter dem westdeutschen Niveau von rund 50%.

Ostdeutschland: geringere FuE-Intensität im Unternehmenssektor

Ein Grund für die geringere FuE-Intensität im ostdeutschen Unternehmenssektor sind die im Vergleich zum Westen geringeren Betriebsgrößen.

Wissenschaftseinrichtungen sind hier eine unverzichtbare Basis für die Bildung regionaler Innovationsnetzwerke, die wiederum zur Stärkung der Unternehmensstrukturen beitragen können.

Als Produzenten von Qualifikationen und Innovationen können Wissenschaftseinrichtungen somit einen wichtigen Beitrag zum regionalen Wachstum leisten.

Wachstumseffekte können sich aus dem bereitgestellten Angebot qualifizierter Arbeitskräfte (Personaltransfer), aus den durch die Wissenschaftseinrichtungen produzierten Forschungsergebnissen (Technologie- und Forschungstransfer) sowie aus allgemein zugänglichen Leistungen und Aktivitäten der Hochschulen und Forschungseinrichtungen (Basistransfer) ergeben (siehe Grafik).

REGIONALWIRTSCHAFTLICHE WIRKUNGEN VON WISSENSCHAFTLICHEN EINRICHTUNGEN

Angebot der Wissenschaftseinrichtungen	Nachfrage der Unternehmen	Wirkung
Personal (Personaltransfer) · Absolventen · Diplomanden, Doktoranden · Praktikanten · Wissenschaftler	Qualifiziertes Personal	Stärkung des Innovationspotenzials der regionalen Wirtschaft
Forschung (Technologietransfer) · Patente · Berater-/Gutachtertätigkeit · FuE-Kooperation · Ausgründungen (Unternehmen)	Erwerb von Wissen, das im Unternehmenssektor fehlt	Verbesserung des regionalen Fachkräfteangebots und damit Steigerung der Standortattraktivität
Sonstiges (Basistransfer) · Informelle Kontakte · Kongresse/Tagungen · Veröffentlichungen	(i.d.R.) unentgeltliche Nutzung frei verfügbaren Wissens	

Quelle: Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)

Public-Private-Partnership

In zeitlicher Hinsicht besteht beim weiteren Infrastrukturausbau starker Handlungsdruck. Es geht um die rasche Realisierung zahlreicher Projekte, die die Qualität des Wirtschaftsstandorts Ostdeutschland im international immer schärfer werdenden Regionenwettbewerb nachhaltig erhöhen.

Da bislang die Staatsfinanzierung von Infrastrukturprojekten dominiert, besteht aber ein offenkundiges Spannungsverhältnis zur unverzichtbaren Konsolidierung der Länder- und Gemeindehaushalte.

Als Lösung dieses Zielkonflikts müssen alternative Formen der Durchführung von Infrastrukturmaßnahmen verstärkt geprüft werden. Hier kommen insbesondere Public-Private-Partnership-Modelle (PPP) in Betracht. Diese werden in vielen EU-Ländern bereits intensiv als Alternative zur öffentlichen Infrastrukturfinanzierung genutzt.

Dabei übernehmen private Unternehmen oder Geldgeber Hand in Hand mit den betroffenen öffentlichen Stellen Planungs-, Umsetzungs- und Finanzierungsaufgaben.

Bisher: Staatsfinanzierung von Infrastrukturprojekten

Zwar ist letztlich immer für jede Einzelinvestition konkret abzuwägen, welche Vorteile etwa durch die Nutzung eines PPP-Modells entstehen, die auch eine finanzielle Bindung künftiger Haushaltsmittel rechtfertigen können.

Gerade mit Blick auf die Laufzeit des Solidarpakts II (2005 bis 2019) erscheint es aber grundsätzlich geboten, PPP-Finanzierungen stärker als bisher in den Fokus zu nehmen.

Alternative: PPP-Finanzierungen

Es darf nicht die Chance vertan werden, auf diesem Weg Zeit zu gewinnen, die andernfalls im Standortwettbewerb nicht wieder aufgeholt werden kann.

PPP bringt Zeitgewinn

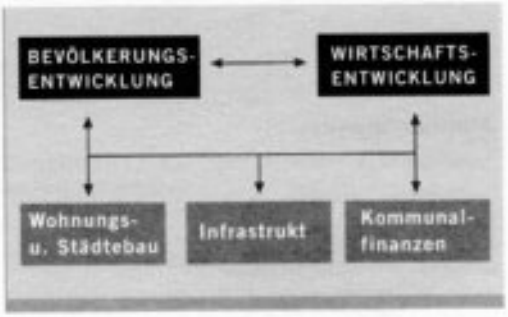
Handlungsmöglichkeiten regionaler Akteure

Entwicklung von Standortkonzepten

Wirtschaftsentwicklung von vielen Faktoren bestimmt

Der Aufbau selbst tragender wirtschaftlicher Strukturen geht über den weiteren Ausbau der Infrastruktur hinaus. Grundsätzlich sind die längerfristigen Entwicklungsperspektiven einer Region oder einer Kommune von zahlreichen, sich gegenseitig beeinflussenden Faktoren abhängig (s. Grafik).

EINFLUSSFAKTOREN DER REGIONALENTWICKLUNG



Entscheidend: Stärkung der regionalen Wirtschaft

Ein wesentliches Problem der meisten ostdeutschen Regionen ist derzeit die Bevölkerungsentwicklung. Aktuellen Prognosen zufolge ist der Trend sinkender Einwohnerzahlen durch Abwanderung und sich verringernde Geburtenzahlen in vielen Regionen mittelfristig kaum zu stoppen. Dies hat vielfältige Konsequenzen.

Entwicklung von Standortkonzepten notwendig

Für den Wohnungs- und Städtebau ergibt sich das vielerorts bereits akute Problem steigender Leerstände durch sinkende Nachfrage. Die Infrastrukturplanung sowie die öffentliche Verwaltung muss auf derart veränderte Bedürfnisse reagieren. Die öffentlichen Haushalte müssen tendenziell mit sinkenden Einnahmen rechnen, da ihre Mittelzuflüsse in hohem Maße von der Einwohnerzahl abhängig sind.

Von entscheidender Bedeutung ist daher die Dynamik der regionalen Wirtschaftsentwicklung. Diese hängt langfristig auch mit der Bevölkerungsentwicklung zusammen, denn nur in einer wirtschaftlich hinreichend attraktiven Region werden die Bürger Perspektiven für eine dauerhafte lokale Bindung sehen.

Eine nachlassende wirtschaftliche Dynamik wiederum wirkt krisenverstärkend. Daher muss es oberstes Ziel aller regionalen Akteure sein, die regionale Wirtschaftsentwicklung zu stärken. Zwar ist die regionale Wirtschaftsentwicklung von vielen überregionalen Faktoren determiniert. Lokale Akteure besitzen jedoch eine ganze Reihe eigener Gestaltungsmöglichkeiten. Ausgangspunkt ist die Entwicklung von Standortkonzepten, die die Stärken der jeweiligen Region identifizieren, Probleme aufzeigen und Handlungswege vorgeben.

Verbesserung der Standortqualität

Kooperation lokaler Akteure ist wichtige Voraussetzung der Standortentwicklung

Eine wichtige Voraussetzung für eine Verbesserung der regionalen Standortqualität ist ein Klima der Kooperation lokaler Akteure (Verwaltung, Kammern, Verbände, Bürger etc.). Netzwerkansätze auch über Grenzen von Kommunen hinweg können helfen, auf ähnliche Problemsituationen mit gebündelten Kräften zu reagieren und von positiven Erfahrungen an anderen Orten zu profitieren.

Attraktives Regional- und Standortmarketing

Wichtig für die Außenwirkung ist ein attraktives Regional- bzw. Standortmarketing, das insbesondere potenzielle Investoren anspricht und Vorteile der jeweiligen Region verdeutlicht. Das Regionalmarketing muss jedoch ebenso die Bürger vor Ort als Zielgruppe betrachten, denn das Image der eigenen Kommune bzw. Region prägt stets auch die Zukunft mit. Sowohl für neue Investoren als auch für bereits ansässige Unternehmen ist die Qualität der Zusammenarbeit mit der lokalen Verwaltung ein wichtiger Standortfaktor. Unternehmen, aber auch Bürger brauchen flexible Dienstleister in den Ämtern.

Standortfaktor Verwaltungshandeln

Kommunale Service-Center, die alle wesentlichen Ämter und Behörden unter einem Dach zusammenfassen, können hier eine deutliche Verbesserung schaffen. Hier gilt es auch, die Qualität der Dienstleistungen, etwa Beratung über Standorte, Fördermittel, Antragsverfahren zu steigern und Investoren möglichst einen einzigen persönlichen Ansprechpartner innerhalb der Verwaltung zu benennen.

Zusammenfassung

- Ein Schlüssel zur wirtschaftlichen Weiterentwicklung der ostdeutschen Regionen ist der Ausbau der Infrastruktur.

- Mit dem zwischen Bund und Ländern vereinbarten Solidarpakt II stehen zwischen 2005 und 2019 insgesamt 156 Milliarden Euro zur Verfügung, um die Infrastrukturlücke zu schließen, die zum westlichen Bundesgebiet nach wie vor besteht.

- Zielmarke für 2019 ist nicht nur, selbst tragende Wirtschaftsstrukturen in Ostdeutschland zu schaffen, sondern auch die öffentlichen Haushalte auf eigene Füße zu stellen.

- Um unabhängiger von Transferzahlungen zu werden und gleichzeitig die notwendigen Investitionen tätigen zu können, ist eine Konsolidierung dieser Haushalte erforderlich.

- Bereits heute besteht gewaltiger Handlungsbedarf, denn die ostdeutschen Länder haben im Schnitt geringere eigene Einnahmen bei gleichzeitig höheren Ausgaben als vergleichbare westdeutsche Länder.

- Konsolidierung ist kein Selbstzweck, sondern ein Erfordernis auf dem Weg zu selbst tragenden Wirtschaftsstrukturen in Ostdeutschland.

- Eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage wiederum bedeutet auch für die öffentlichen Haushalte eine Entspannung auf der Einnahmenseite und somit die Gewinnung von Gestaltungsspielräumen vor allem zum Ausbau der Infrastruktur.

- Die ostdeutsche Wirtschaft und potenzielle Investoren von außen brauchen klare Signale aus der Politik, welche Schwerpunkte beim Ausbau des Standortfaktors Infrastruktur gesetzt werden sollen.

- Die Politik der einzelnen Bundesländer ist daher gefordert, auf der Basis der bestehenden Infrastrukturplanungen konkrete Infrastrukturprogramme im Sinne von Prioritätenlisten zu erarbeiten und die Finanzierung dieser Programme sicherzustellen. Bei der Erstellung der Prioritätenlisten ist eine intensive Koordination der einzelnen Fachressorts der Landesregierungen wie auch eine Einbeziehung der kommunalen Ebene unerlässlich.

- Hierbei sollten zuerst die wichtigsten Wachstumspotenziale der ostdeutschen Regionen gestärkt werden. Wachstumspole in einzelnen Regionen und Wirtschaftszweigen benötigen eine rasche Stärkung ihres Infrastrukturprofils, um international wettbewerbsfähiger zu werden.

- Finanzierungslösungen über Public-Private-Partnership (PPP) bieten Ländern und Kommunen Möglichkeiten zur schnelleren Umsetzung von Infrastrukturprojekten.

- Regionale und lokale Akteure müssen darüber hinaus alle eigenen Gestaltungsmöglichkeiten zur Verbesserung der Standortqualität nutzen. Ausgangspunkt ist die Entwicklung von Standortkonzepten, die Stärken der jeweiligen Region identifizieren, Probleme aufzeigen und Handlungswege vorgeben.

- Weitere Möglichkeiten: Bürger- und unternehmerfreundliches Verwaltungshandeln; Regional- bzw. Standortmarketing, das Investoren und Bürger anspricht, denn Image der eigenen Kommune bzw. Region prägt stets auch die Zukunft mit.

Ostdeutscher Bankenverband e.V.

Der Ostdeutsche Bankenverband e.V. vertritt Banken in privater Rechtsform, die Ihren Sitz oder Geschäftsstellen in Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt oder Thüringen haben.

Er wirkt als Ansprechpartner für Politik, Medien, Verbände und interessierte Öffentlichkeit. In die Diskussion wirtschaftspolitischer Einzelthemen bringt sich der Verband durch Publikationen, Vorträge, öffentliche Veranstaltungen und politische Gesprächsrunden ein.

Impressum

Ostdeutscher Bankenverband e.V.
Kurfürstendamm 178/179, 10707 Berlin
Tel: 030 - 88 777 880, Fax: 030 - 88 777 888
E-Mail: info@bankenverband-ost.de

www.bankenverband-ost.de

Gestaltung: Sabine Müller, samuel3000.net
Verantwortlich: Klaus Wagner-Wieduwilt